

LOHN-MEDIENKONFERENZ VOM 2. SEPTEMBER 2022

Pierre-Yves Maillard, Präsident SGB

Löhne 2023: Ein Appell an gesunden Menschenverstand und Anstand

«C'è limite!» (Jetzt reicht's!). Ein alter neapolitanischer Freund benutzte diesen Ausdruck, wenn in ihm die Empörung hochkochte. Dieser Ausdruck scheint mir der geeignetste zu sein für die Zeiten, in denen wir leben.

Fassen wir zusammen: Das BIP wird 2022 voraussichtlich um 2,5 und 2023 um weitere 1,9 Prozent steigen. Die Exporte wachsen im ersten Halbjahr um 11,5 Prozent. Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe um 12 Prozent. Die Arbeitslosigkeit ist mit 2 Prozent auf dem niedrigsten Stand seit 20 Jahren, so dass man fast überall Arbeitskräftemangel beklagt. Die Dividenden und Aktienrückkäufe sind auf einem historisch hohen Niveau. Die Schweizer Wirtschaft läuft also auf Hochtouren. Und auf der Seite der Arbeitnehmenden und Haushalte? Preisanstieg von über 3 Prozent. Erwarteter Anstieg der Krankenkassenprämien zwischen 5 und 10 Prozent. Massiver Anstieg der Strom- und Heizkosten, Anstieg der Hypothekenzinsen. Das sind die Fakten. Angesichts solcher Zahlen sollte man in einem Land, in dem sich die Arbeitgeberverbände angeblich um nationale Eintracht und sozialen Frieden bemühen, eigentlich erwarten, dass zumindest der allgemeine Teuerungsausgleich gar nicht erst zur Debatte steht. Denn wenn man angesichts solcher Zahlen die Löhne nicht an die Realität der gestiegenen Lebenshaltungskosten anpasst, wann dann?

Kann die Corona-Krise ein Argument gegen diese Forderung des gesunden Menschenverstandes sein? Gewiss nicht. In der Gastronomie und Hotellerie zum Beispiel ist die Anpassung der Löhne an den September-Index mit gleichzeitiger Erhöhung der Reallöhne bereits beschlossene Sache. Dabei sind gerade diese Branchen von der Covid-Krise besonders betroffen. Wenn es bei ihnen möglich ist, ist es überall möglich.

Man hat von Arbeitgeberorganisationen Kritik an unseren Lohnforderungen gehört und den Hinweis, dass man in der Industrie vorsichtig sein müsse. Selbstverständlich, nichts gegen Vorsicht. Aber jetzt sind wir an der Reihe, zur Vorsicht aufzurufen. Sich gegen eine Indexierung der Löhne an die Lebenshaltungskosten sträuben, noch mehr Nacht- und Sonntagsarbeit fordern, um den Arbeitnehmern die Last der Energiekrise aufzubürden, und gleichzeitig staatliche Beihilfen oder eine Rückkehr zu Monopolen und regulierten Preisen zu fordern, um die steigenden Energiekosten auszugleichen – das ist ein bisschen viel aufs Mal. Und wird auf wenig Verständnis ausserhalb der Teppichetagen stossen ...

Wir sind immer bereit, die Beschäftigung zu unterstützen. Das haben wir während der Corona-Krise oft genug gezeigt. Aber wir verlangen ein Mindestmass an Ausgewogenheit, man könnte sogar

von einem Mindestmass an Anstand sprechen. Diejenigen, welche die Liberalisierung des Strommarktes befürwortet und sich dafür entschieden haben, sollten sich zum Beispiel – bevor sie wieder unter die schützenden Röcke des Staates schlüpfen – daran erinnern, dass es den Gewerkschaften zu verdanken ist, dass es noch einen Stromsektor mit regulierten Preisen gibt, in dem der Anstieg nur ein- oder zweistellig ist und nicht drei- oder vierstellig wie auf dem freien Markt. Am 22. September werden wir den 20. Jahrestag der Ablehnung des Gesetzes zur vollständigen Liberalisierung des Strommarktes feiern. Vielleicht sollten wir den Arbeitgeberorganisationen eine Einladung schicken, um mit uns die Torte anzuschneiden. Auf jeden Fall muss aber jede Änderung der Regeln damit einhergehen, dass alle Bestrebungen, diesen Sektor zu liberalisieren, endgültig begraben werden. Im Gegenteil, wenn endlich mit den notwendigen massiven Investitionen begonnen werden soll, müssen dringend wieder garantierte und regulierte, sehr langfristige Produktionspreise für den gesamten Sektor eingeführt werden. Dies nennt man die Wiederherstellung öffentlicher oder zumindest regulierter Monopole. Man kann nach anderen Bezeichnungen suchen, wenn es in den Ohren schmerzt. Aber so ist es nun einmal.

Schliesslich werden wir natürlich zustimmen, dass der Staat seinen Teil zum Ausgleich der sich anbahnenden aussergewöhnlichen Kaufkraftkrise leistet. Wir sollten im Übrigen auch von einem beispiellosen Verarmungsrisiko sprechen. Solch ein Ausgleich beginnt mit einer Unterstützung der Arbeitgeberorganisationen für den im Nationalrat gefundenen Kompromiss zur Verstärkung der Prämienverbilligungen. Und mit einer Unterstützung der von mehreren Parteien für die nächste Session eingereichten dringlichen Konsensvorschläge zum Thema Indexierung der AHV. Und mit einer dringenden ersten Erhöhung bei den Prämienverbilligungen.

Da wir jedoch befürchten, dass unsere Appelle an den gesunden Menschenverstand, das Gleichgewicht und den Anstand nicht ausreichen werden, rufen wir die Schweizer Stimmbevölkerung auf, am 25. September ihrerseits sehr laut "c'è limite!" zu sagen, mit einem ohrenbetäubenden dreimaligen Nein zur Erhöhung der Mehrwertsteuer, zur Senkung der Renten für Frauen und Ehepaare und zur Abschaffung der Verrechnungssteuer für reiche Obligationenbesitzer.